

*Tatyana Parkhalina**

Was treibt Russland an?

Die Krise in der Ukraine, die im Herbst 2013 begann, hat einige besorgniserregende Tatsachen deutlich gemacht:

- Zwischen Russland und der euroatlantischen Gemeinschaft besteht – allen offiziellen Erklärungen und Dokumenten zum Trotz – keine echte Partnerschaft. Echte Partnerschaft darf nicht nur auf gemeinsamen Sicherheitsinteressen beruhen. Ihr müssen vielmehr auch gemeinsame Werte und eine übereinstimmende Wahrnehmung internationaler und innenpolitischer Entwicklungen zugrunde liegen. Stattdessen verharren die USA und Russland noch immer in der rüstungspolitischen Agenda des Kalten Krieges, heute ergänzt um den Kampf gegen den Terrorismus.
- Seit einem Jahrzehnt erleben wir im postsowjetischen Raum eine äußerst heftige geopolitische Konkurrenz. Dabei ist Russland zum zweiten Mal vom territorialen Status quo, den der Zerfall der Sowjetunion hervorgebracht hat, abgewichen (Georgien 2008, Krim 2014).
- Es wäre ein großer Fehler, die Ukraine-Krise auf das Dilemma „Gehört die Ukraine zu Russland oder zu Europa?“ zu reduzieren. Der Ukraine bleibt gar keine andere Wahl als partnerschaftliche Beziehungen sowohl zu Europa als auch zu Russland zu pflegen. Europa und Russland wiederum sind gehalten, mit der Ukraine zusammenzuarbeiten, statt in ihr und um sie zu konkurrieren.
- Die Entwicklungen in der Ukraine haben eine tiefe Krise der ukrainischen politischen Eliten deutlich gemacht. Weder Russland noch der Westen haben den Aufstieg eines aggressiven Nationalismus Ende 2013 und Anfang 2014 in der Ukraine bemerkt.
- Die Entwicklungen auf der Krim und in der Ukraine haben die politische Lage in der Russischen Föderation dramatisch verändert. Das Ausmaß an wechselseitiger Intoleranz zwischen sogenannten Patrioten und Liberalen ist so groß geworden, dass es zu einer tiefen Spaltung der russischen Gesellschaft geführt hat. Darüber hinaus könnten die Kosten für die Integration der Krim, die Sanktionen und der drastische Fall des Ölpreises zu einer ernsten Belastung für die russische Wirtschaft werden.

Alles in Allem erleben wir heute die schwerste Krise des europäischen Sicherheitssystems seit dem Ende der Blockkonfrontation. Russland und der

* Der Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in: Sicherheit und Frieden – Security and Peace, S+F 3/2014, S. 218-220. Er berücksichtigt die Entwicklungen bis Mai 2014.

Westen folgen den schlimmsten Spielregeln des Kalten Krieges, indem beide jeweils diejenigen Kräfte in einem Drittland (Ukraine) unterstützen, die ihre Zugehörigkeit zu diesem bzw. jenem erklären. Das Resultat ist ein Bürgerkrieg.

An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf die Eingangsfrage zurückzukommen: „Was treibt Russland an?“

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erklärte Russland sich zu einem demokratischen Staat und signalisierte dem Westen, dass es – als gleichberechtigter Partner – in die euroatlantische Gemeinschaft integriert werden möchte. Fakt ist jedoch, dass Russland zu Beginn der 1990er Jahre sehr schwach und seine Zukunft unvorhersehbar war. Der Westen antwortete daher mit einem Forderungskatalog: Russland sollte einen Demokratisierungsprozess, einschließlich des Aufbaus funktionierender Institutionen, einleiten, die demokratische und zivile Kontrolle über die Streitkräfte, andere Sicherheitskräfte und Nachrichtendienste einführen und die Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie die Kommunikation zwischen Zivilgesellschaft und Staatsbürokratie fördern. Mit anderen Worten: Russland sollte gewisse „Hausaufgaben“ erledigen, die ohne Zweifel in seinem eigenen Interesse lagen. Die russische Gesellschaft – sowohl die Eliten als auch die Bevölkerung insgesamt – fühlte sich dadurch jedoch gekränkt und gedemütigt. Der Westen schien Russlands Anstrengungen zur Transformation des kommunistischen Systems nicht zu würdigen.

In den 1990er Jahren und zu Beginn der 2000er Jahre unternahm Russland mehrere Vorstöße in Richtung auf eine Integration in die euroatlantischen Institutionen. Auch wenn diese Bemühungen nicht sehr klar artikuliert und manchmal vage waren, blieb die Hauptrichtung russischer Außenpolitik doch noch immer die Integration in den Westen. Führt man sich die damalige komplizierte Situation in Russland vor Augen, in der es innerhalb der russischen Eliten keinen Konsens in der Frage gab, ob Russland sich in den Westen integrieren oder auch nur mit ihm zusammenarbeiten sollte, wird deutlich, dass die russische Regierung seinerzeit weitaus europäischer und euroatlantischer dachte als der größte Teil der russischen Gesellschaft, dessen Denken nach wie vor von den Stereotypen aus der Zeit des Kalten Krieges beherrscht war. Die Situation änderte sich grundlegend in den Jahren 2005 und 2006. Als sich die Auswirkungen des drastischen Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf dem Weltmarkt auf die russische Wirtschaft bemerkbar machten, gelangten die russischen Eliten zu der Auffassung, dass Russlands neue „Wirtschaftsmacht“ sich nun auch in einer neuen politischen Rolle auf der internationalen Bühne widerspiegeln sollte. Seither durchzieht ein Grundgedanke sämtliche zentralen Dokumente zur russischen Außenpolitik: Russland dürfe nicht länger einer von anderen entworfenen Agenda folgen, sondern müsse diese gemeinsam mit maßgeblichen Akteuren wie den USA und der EU gleichberechtigt mitgestalten.

Entgegen russischen Vorstellungen von einer „gleichberechtigten Partnerschaft“ ignorierte der Westen die nationalen Interessen Russlands jedoch in zahlreichen Fällen. Dazu zählten:

- die Luftangriffe der NATO auf Jugoslawien,
- die Fortsetzung der NATO-Erweiterung trotz der Proteste aus Moskau,
- die Militäroperation der USA und Großbritanniens im Irak, obwohl keine eindeutigen Beweise für die Behauptung vorlagen, das Regime Saddam Husseins befände sich im Besitz von Massenvernichtungswaffen,
- der – aus der Sicht Moskaus – Missbrauch der VN-Sicherheitsratsresolution 1973 zum Sturz des Gaddafi-Regimes,
- die Interpretation des russischen Standpunkts zu konventionellen Streitkräften in Europa und russischer Bedenken gegenüber den Plänen für ein Raketenabwehrsystem auf eine Art und Weise, die Moskaus Interessen und seinen Sicherheitsvorstellungen zuwiderlief.

Die größte Sorge bereitete der russischen Führung die Ausdehnung der NATO-Erweiterung in den postsowjetischen Raum hinein. Zwar weigerten sich Deutschland und Frankreich auf dem NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest trotz Drucks aus Washington, Georgien und die Ukraine in den *Membership Action Plan* aufzunehmen. Letztlich wurde jedoch eine Formel gefunden, nach der beide Länder Mitglieder des Bündnisses werden würden, allerdings ohne konkreten Zeitplan. Die politische und militärische Führung Russlands fasste dies als Versprechen auf, beiden Ländern früher oder später den Beitritt zur NATO zu gewähren. Der Kreml erklärte daraufhin offen, Russland werde die Integration Georgiens und der Ukraine in das Bündnis mit allen Mitteln verhindern.

Dmitri Medwedew, der im Mai 2008 zum russischen Präsidenten gewählt worden war, stellte bei seinem ersten Besuch in Berlin im Juni 2008 eine russische Initiative für einen Europäischen Sicherheitsvertrag vor, der auf die Integration Russlands in ein modifiziertes Sicherheitssystem abzielte. Natürlich war der Vorschlag noch nicht detailliert ausgearbeitet und kurz danach verhinderten die Krise um Südossetien und später die globale Finanzkrise eine ernsthafte Auseinandersetzung der internationalen Gemeinschaft mit dem Vorschlag. Stattdessen wurde die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland im Rahmen des NATO-Russland-Rats vor dem Hintergrund des Georgien-Konflikts bis Dezember 2009 eingefroren. Erst kurz vor dem NATO-Russland-Gipfel in Lissabon im Jahr 2010 diskutierten Präsident Medwedew, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy auf einem kurzen Dreiergipfel in Frankreich über den Europäischen Sicherheitsvertrag. Der „Neustart“ in den Beziehungen zwischen den USA und Russland bzw. der NATO und Russland, der bereits im März 2009 lanciert worden war, kam nie über die deklaratorische Ebene

hinaus. Die gravierenden Differenzen über das Raketenabwehrsystem der NATO hielten letztlich beide Seiten davon ab, Schritte zu seiner Umsetzung in die Praxis zu unternehmen.

Später führten der Mangel an politischem Willen in Russland, die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten („Arabischer Frühling“) sowie die Krisen in Libyen und Syrien zu einer Situation, in der der dramatische Mangel an Vertrauen zwischen Russland und dem Westen – trotz der positiven praktischen Zusammenarbeit auf der NATO-Russland-Ebene – erneut zu einem entscheidenden Faktor in ihren Beziehungen wurde. Auch offenbarten sich in Russland und im Westen ungeachtet vorhandener Dokumente über gemeinsame Sicherheitsherausforderungen unterschiedliche Auffassungen über globale Bedrohungen der Sicherheit.

Als Wladimir Putin erneut als Präsident in den Kreml einzog, kam es in der russischen Außenpolitik zu einer Umorientierung von der euroatlantischen auf die euroasiatische Region. Dieser Richtungswechsel spiegelt einerseits einen allgemeinen geopolitischen Trend wider (auch die USA vollzogen einen Schwenk nach Asien). Andererseits ist dieser Wechsel aber auch auf die subjektive Wahrnehmung der russischen Eliten zurückzuführen, nach der der Westen Russland nicht als gleichberechtigten Partner akzeptieren will.

Seit dem Beginn des Tauziehens der EU und Russlands um die Ukraine ist auch das Wiederaufleben alter Verhaltensmuster aus der Zeit des Kalten Krieges, als das ein oder andere Land als Schauplatz für die Durchsetzung geopolitischer Ziele herhalten musste, zu beobachten. Die „Wiedervereinigung“ der Krim mit Russland half der russischen Führung, gleich mehrere Probleme in den Griff zu bekommen: Erstens demonstrierte Russland erneut, dass Probleme im postsowjetischen Raum ohne seine Mitwirkung nicht mehr zu lösen sind, darunter auch das der euroatlantischen Integration einzelner postsowjetischer Staaten. Zweitens unterstrich Russland seine Fähigkeit, die Gestaltung der internationalen Agenda zu beeinflussen. Und drittens machte Moskau deutlich, dass die Ukraine zu den russischen Kerninteressen gehört. Ihrer Ausrichtung kommt demnach nicht nur in Bezug auf die Sicherheit Russlands, sondern auch mit Blick auf die konservative politische Basis im Land entscheidende Bedeutung zu.

Die seit einiger Zeit feststellbare Verschlechterung der innenpolitischen Lage in Russland war jedoch bereits unabhängig von Russlands Politik gegenüber der Ukraine eingetreten, als die russische Wirtschaft in eine Phase der Stagnation geriet. Dies zeigte sich 2013 anhand des verlangsamten Wirtschaftswachstums, sinkender Staatseinnahmen und steigender Preise. Hinzu kamen weitere Probleme wie ein extrem hohes Korruptionsniveau in der russischen Verwaltung, das Fehlen effektiv arbeitender Institutionen, eine mangelhafte Gewaltenteilung, unzureichende Kommunikation zwischen Zivilgesellschaft und Staat sowie die fehlende zivile Kontrolle über die Streitkräfte, andere Sicherheitskräfte und Nachrichtendienste. Früher oder später steht ein solcher Staat Herausforderungen und Risiken gegenüber, die er nicht mehr bewälti-

gen kann. Im Falle der Ukraine handelt es sich um eine klassische Propagandaaktion mit dem Ziel, von innenpolitischen Problemen abzulenken und für sämtliche Probleme feindliche Handlungen, einschließlich der verhängten Sanktionen, verantwortlich zu machen.

Die Ukraine-Krise ist noch nicht vorbei, die Präsidentschaftswahlen markieren lediglich ein bestimmtes Entwicklungsstadium. Dennoch können bereits einige Lehren aus den Vorgängen in den vier Monaten bis zum Mai 2014 gezogen werden:

- Der „Informationskrieg“, der seit Beginn der Krise von allen Seiten geführt wird, ist so extrem, dass die Objektivität völlig auf der Strecke bleibt; die internationale Gemeinschaft sollte einen „Verhaltenskodex“ für die Berichterstattung über solche Ereignisse erarbeiten.
- Russland kann von der Diskussion über die Zukunft des postsowjetischen Raumes nicht ausgeschlossen werden. Russland, Europa und die USA sollten in dieser Region zusammenarbeiten, anstatt zu konkurrieren oder gar in konfrontative Beziehungsmuster zu verfallen.
- Es liegt auf der Hand, dass das euroatlantische Sicherheitssystem, das es vor der Krise gab, in Zukunft nicht mehr im selben Rahmen funktionieren wird – weder institutionell noch substantiell. Die Hinwendung beider Seiten zur gegenseitigen Abschreckung stellt eine große Herausforderung auch für ihre Partner außerhalb Europas dar, die weder die westliche Position noch die russische Reaktion akzeptieren wollen. Aus diesem Grunde liegt es in der Verantwortung der politischen Eliten und der Expertengemeinschaft in den USA, in Europa und in Russland, sowohl die Maßnahmen zur Konfliktverhütung als auch ihr Zusammenspiel in unterschiedlichen Krisensituationen zu überdenken.

Die Ukrainekrise hat gezeigt, dass die internationalen Institutionen, die mit dem Ziel eingerichtet wurden, die Sicherheit zu gewährleisten und Kommunikationskanäle offen zu halten, nicht funktionieren. Dazu gehört der NATO-Russland-Rat, der als „Allwetterforum“ gedacht war. Die OSZE ist derzeit die einzige Institution, die Anstrengungen zur Regulierung der Ukrainekrise unternimmt. Ihr Mandat sollte jedoch über die Beobachtermission hinaus um Maßnahmen zur friedlichen Konfliktregulierung erweitert werden.